

Von wegen „Jobmotor“

Zu „Kurzarbeit bei Fraport bis 2022“, vom 3. Juli:

Der Jobmotor Flughafen stottert – vom Jobmotor zum Arbeitsplatzvernichter. Der Ankündigung von Fraportchef Schulte, perspektivisch drei bis viertausend Stellen bis 2023/2024 zu streichen, folgt jetzt die nächste Katastrophenmeldung. Am liebsten bis zum Sommer 2022 möch-

te der Flughafenbetreiber dem Staat mit Kurzarbeitergeld weiterhin auf der Tasche liegen. Einfach wird das nicht, weil die Bundesregierung zwar die Bezugsdauer über die aktuell geltende Bezugsfrist von 12 Monaten hinaus auf bis zu 21 Monate ausgeweitet hat, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2020. Die restlichen 18 Monate müsste dann Fraport auf ei-

gene Kosten stemmen oder noch mehr Leute entlassen.

Das Ganze ist eine einzige Bankrotterklärung für den Flughafenbetreiber, der sich bislang medial stets als Herzmuskel der Region und Quelle für Wohlstand und Prosperität inszeniert hat. Jahrzehntelang wurden die Bedenken der Ausbaugesegner wegen der Gesundheits-, Klima- und Umweltschäden rigoros mit

dem Argument abgeburstet, der Ausbau schaffe Jobs in Hülle und Fülle und sei daher im überragenden öffentlichen Interesse.

Diese politische Legitimation löst sich jetzt buchstäblich in Luft auf. Am besten streicht Fraport den Begriff „Jobmotor“ ganz schnell aus allen Online-Publikationen. Außerdem müssen die Ausbauparteien in Hessen die

laufenden Kapazitätserweiterungen mit Terminal 3 unverzüglich überprüfen und den Flughafen Frankfurt für die Post-Coronazeit neu aufstellen. Wäre für die Metropolregion Rhein-Main ein gesundes „Tor zur Welt“ langfristig nicht besser als eine dauerhaft kränkelnde „Drehtür für die ganze Welt“?

Hans Schinke
Offenbach